

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zubehörung monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 30.—.

Anzeigen-Preise. Die Spalten 32 mm breite Zeile M. 12.—, außerhalb Spalten M. 15.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige Ein- und Vierzeiler M. 2.—, Nachsch. Vorzugspätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Redaktions-Adresse: **Redaktion Dresden.**
 Druckerei-Adresse: **Druckerei Dresden.**
 Druck- und Verlags-Adresse: **Druck- und Verlags-Adresse Dresden.**

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
 Markstraße 38/40.
 Druck u. Verlag von **Steph & Zschardt** in Dresden.
 Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die letzte Reparationsbesprechung.

Hoffnung auf Fortsetzung der Verhandlungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 25. August. Die heutige Kabinettsitzung, die um 10 Uhr begann, dauerte ungefähr bis 11 Uhr. 11 Uhr empfing der Reichskanzler in Gegenwart des Reichsfinanzministers und des Staatssekretärs Bergmann Drabburg und Maucier zu einer letzten Besprechung.

Dem neuen von deutscher Seite formulierten Vorschlag soll das Kabinett seine Zustimmung gegeben haben. Die Vertreter der Reparationskommission sollen sich bereit erklärt haben, den deutschen Vorschlag nach Paris mitzunehmen, um ihn der Reparationskommission vorzulegen. Man glaubt über diesen Vorschlag zu wissen, daß er in folgenden zwei Punkten gipfelt:

1. Eine Kreditsanierung für Deutschland in der Form eines Moratoriums, wenn auch nur bis zum Ende des Jahres, und 2. Sicherheiten für Frankreich, daß es jene Lieferungen an Holz und Kohlen erhält, auf die es aus dem Friedensvertrag und dem späteren Abkommen Anspruch erhebt und die ihm in einer für Deutschland erträglichen Form gelieft werden sollen.

Von unterrichteter Seite wird noch mitgeteilt, daß die Kreise der ausländischen Diplomaten und Politiker in Berlin in dem Verhalten der Vörsen und gewisser zu überstürzten Devisenkäufen

schreitender Induziererei eine höchst bedauerliche Unvernunft und Kopflosigkeit sehen. Daß die Moratoriumsverhandlungen sehr schwierig sind, sei selbstverständlich, aber die Berliner Besprechungen seien, nachdem ein Moment der Spannung überwunden war, in einem durchaus sachlichen Tone und mit dem ausdrücklichen Bemühen, eine Verständigung zu erzielen, geführt worden. Die endgültige Entscheidung konnte in diesen Besprechungen nicht getroffen werden. Mit einer Fortsetzung der Verhandlungen, die vielleicht nicht mehr in Berlin stattfinden, könne man rechnen.

Die Katastrophe für Mitteleuropa.

London, 25. August. In der gesamten Presse spiegelt sich die große Besorgnis wider, die das gemeldete Scheitern der Berliner Verhandlungen und der gestrige unglückliche Sturz der Mark in England erregt haben. Die „Times“ veröffentlicht auf der Hauptseite das Schreiben eines erfahrenen Beobachters europäischer Angelegenheiten, der die Lage in Deutschland als sehr ernst bezeichnet. Wenn in Deutschland Hungerunruhen ausbrechen, werde Deutschland durch eine wirtschaftliche Katastrophe überhäuft werden, die niemand werde eindämmen, noch aufhalten können. Was würde dann aus den jungen Ländern Mitteleuropas werden? (W. T. B.)

London, 25. August. „Daily Express“ sagt: Wenn kein Wunder geschieht, dann ist Deutschland bankrott. Die Hoffnung, daß im gegenwärtigen Augenblick Reparationen in der von einem Lande erzielt werden können, dessen Finanzen sich in einem derartigen Chaos befinden, muß aufgegeben werden. Das einzige Heilmittel sei die Herabsetzung der Entschädigungssumme. „Daily Telegraph“ sagt: Die Retorsionsmaßnahmen im Elsaß haben Frankreich mehr Schaden zugefügt als Deutschland. (W. T. B.)

London, 25. August. „Manchester Guardian“ schreibt: Wir haben Rußlands Fall in den Abgrund mit angesehen und dabei mitgeholfen, wir haben beobachtet, wie Oester-

reich ihm folgte und haben nicht versucht, seinen Fall aufzuhalten. Wenn Deutschland jetzt aber ebenfalls folgt, so wird das nicht teilweise, wie im Falle Rußlands und Oesterreichs, sondern ganz das Werk der Alliierten sein. Deutschland hätte das ganze zerstückte Gebiet wiederherstellen können und hat sich auch dazu bereit erklärt, aber das hat sich nicht überboten, und die Alliierten, mit England an der Spitze, haben eine Rechnung eingelebt, die kein Land der Welt hätte bezahlen können. Aber obwohl die meisten dies jetzt einsehen, läßt das trotzdem einen sehr geringen Einfluß aus. Deutschland wird weiter bis zum wirtschaftlichen Erliegen ausgeplündert, allerdings hält sich England von der Ausplünderung fern. Aber dieses Absteigebeten ist kein Heilmittel. Alle Alliierten tragen zusammen die Verantwortung für die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailleser Vertrages. Das Gebäude bricht zusammen, und die Bewohner können sich nur durch die Flucht retten. Wir müssen aber darin leben und werden daher unter seinen Trümmern begraben werden. Ob Deutschland bezahlt oder nicht, ist eine Kappalle für Frankreich und England, verfahren mit der weit größeren Frage, ob Deutschland in einem Jahre derselbe Krüppel sein wird, wie es Oesterreich heute schon ist. (W. T. B.)

Zeitungsplakate verkünden heute in Fettdruck mit den Worten „Kraus der Mark“ den Sturz der Mark auf 11 000 für das Pfund Sterling, und die Blätter würdigen zum Schluß die eingetretene Erholung auf 8000. Auf dem Geldmarkt herrscht große Aufregung und Unsicherheit. Die Blätter fragen, wo das hinführt, solle. Das Chaos nehme in Mitteleuropa von Tag zu Tag zu und ziehe den Handel und die Industrie der ganzen Welt in Mitleidenschaft. (W. T. B.)

Die Retorsionen und das französische Parlament.

Paris, 25. Aug. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Straßburg berichtet der „Straßburger Courrier“, daß die Frage der Retorsionsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen vor die Kammer gebracht werden wird, damit die Verantwortlichkeit festgelegt werde. Das Blatt erklärt, daß die Parlamentarier unterstützen werde, diesen beliebigen Schritt vollständig aufzuklären. Man verlange Rechenschaft, und die werde man, koste es, was es wolle, auch geben müssen. (W. T. B.)

London, 24. August. Die „Daily Mail“ will aus gut unterrichteter französischer Quelle erfahren haben, daß, wenn die Mission der Reparationskommission unverrichteter Sache aus Berlin zurückkehrt, Frankreich und Belgien unverzüglich die Garantien ergreifen würden, die Poincaré in London gefordert hat.

Ein englischer Kabinettsrat.

London, 25. August. Die englische Regierung wird sich in einem Kabinettsrat, der für kommenden Dienstag in Aussicht genommen worden ist, aufs neue mit dem Reparationsproblem und der Stellungnahme Großbritanniens zum französischen Plane beschäftigen.

„Times“-Wägen.

Berlin, 25. Aug. Die „Times“ berichtet aus Nizza, ein deutscher General Braun mit 100 Offizieren habe eine militärische Studienreise in Rußland beendet und Trobin werde den Plan einer Militärkonvention dem deutschen Generalstab, den es bekanntlich gemäß dem Friedensvertrage nicht gibt, persönlich vorlegen. Es handelt sich hier um eine der seit dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo in einer gewissen Presse immer wiederkehrenden Tendenzmeldung. Selbstverständlich ist diese Behauptung ebenso frei erunden, wie die bisher verbreiteten und von deutscher amtlicher Seite bereits zurückgewiesenen. (W. T. B.)

Süddeutschland gegen die Einheit der Reichsbahnen.

Eine Entschlieung von Handel und Industrie.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 25. Aug. Was politisch bisher nicht möglich war, das ist heute wirtschaftlich in München gelungen, nämlich die Schaffung einer süddeutschen Einheitsfront, bestehend aus Bayern, Württemberg und Baden. Die Wirtschaftsverbände von Handel, Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe dieser drei süddeutschen Staaten haben heute in München eine

gemeinsame Kundgebung

unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Oberbayern Dr. v. Kahr veranstaltet und gemeinsam unter Zustimmung des Beifall folgende Entschlieung angenommen:

1. Die Reichsbahnverwaltung richtet unverzüglich für die geschädigten entwandenen, mit den Ländern des deutschen Südens im Reich zusammenfallenden Gebiet

selbständig verantwortliche Verwaltungen

innerhalb der einheitlichen Reichsbahnverwaltung ein. Diese Verwaltungen sollen verpflichtet sein, getrennte Abrechnung und eigene Bilanzen für ihre Reize zu erstellen. Um der immer drohenden sich ankaltenden Wirtschaftswirtschaft des Reiches entgegenzutreten, müssen diese Verwaltungen ermächtigt werden, in Notfällen zur Erhaltung der Wirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk Ausnahmestellen im Verkehr mit den ausländischen Landesbahnen einzurichten.

2. Der Grundsatz der Staffelung muß, je härter die Tarifherabsetzungen fortgeschritten, zugunsten der entlegeneren Wirtschaftsbereiche in allen Klassen immer durchgreifender ausgebaut werden, damit die Entlastung der durch die absolute Frachthöhe ohnehin schwer betroffenen Landgebiete überhaupt möglich wird. Die Staffelung bei den Wagenladungsklassen muß in der Weise gestaltet werden, daß unter Aufrechterhaltung der sonstigen vertikalen Staffelung im Sinne der letzten Vorlagen des Reichsver-

kehrsministeriums bei einer Entfernung von 300 Kilometer statt der vorgesehenen 5% ein einmaliger Abschlag von 10% angelegt wird.

3. Die Lebensnotwendigkeiten des süddeutschen Wirtschaftslebens verlangen insbesondere beim

Kohlenausnahmetarif

eine durchgreifende weitere Entlastung für große Entfernungen. Gegen jede Verschlechterung dieses Ausnahmetarifs muß mit Entschiedenheit Widerspruch erhoben werden. Für den abgedruckten Kohlenverkehr über die Wasserstraßen muß Fortfall der zweiten Abfertigungsgebühr und Anrechnung der auf dem Wasserweg zurückgelegten Kilometerstrecken als Bahnweg verlangt werden. Auch für die anderen Güter und die in Betracht kommenden Wirtschaftsbereiche müssen je nach den Lebensbedürfnissen Wasserumlagetarife eingeführt werden. Für den Kohlenbezug aus außerdeutschen Wirtschaftsgebieten, besonders aus jenen, welche bisher das historische Süddeutschland zu erheblichen Teilen mit versorgten, muß an Stelle der bisherigen Teiltariffung der Grundtarif der Durchstufung Platz greifen.

4. Die heutige Versammlung der gesamten bayerischen Bezirksräte, denen sich Vertreter aus Württemberg und Baden angeschlossen haben, fordern nachdrücklich, daß der finanzielle Ausgleich der Reichsbahnen nicht nur wie bisher durch künftige Tarifherabsetzungen, sondern vor allem auch durch Herabsetzung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sicherzustellen wird.

Die Protestkundgebung begann vormittags 11 Uhr und war gegen 13 Uhr zu Ende. Es sprachen Vertreter Bayerns, Badens und Württembergs. Es sprachen Landtags- und Reichstagsabgeordnete, und beachtenswerterweise war es ein bayerischer Großindustrieller, der erklärte, daß, wenn diese gemeinsame Protestkundgebung in Berlin nicht Erfolg haben sollte, dann ganz Süddeutschland auch politisch geschlossen vorzuziehen wäre.

Dollar (Freiverkehr): 2070

Die Forderungen der Gewerkschaften.

In diesen Tagen zunehmender Beunruhigung und ängstlichen Fragens nach dem, was nun werden wird, haben die Spitzenorganisationen des werktätigen Volkes der Negierung eine Anzahl Forderungen übermitteln, die um so ernstere Prüfung und Würdigung verdienen, als sie die Ansicht eines erheblichen Teiles der Nation über die Mittel und Wege darstellen, die zur Rettung aus der gegenwärtigen Situation ergriffen werden müssen. Die Gewerkschaften sind in unserem Staatswesen mehr als in anderen parlamentarisch regierten Staaten zu einer Macht herangewachsen, mit der gerechnet werden muß, und es steht zu erwarten, daß sie ihren Einfluß zur Durchdringung ihrer Forderungen auch diesmal voll einsetzen werden. Da ist es denn zu begrüßen, daß der Welt und der Wille, die ihren neuerlichen Plänen zugrunde liegen, im Prinzip gut und richtig sind, und daß man ihnen zugestehen darf, sie sind von der Absicht, zu helfen und die Not des Vaterlandes zu lindern, befreit. Insofern spinnt sich zwischen ihnen und allen denen, die sonst dem gewerkschaftlichen Leben fern stehen, die aber gerade in dieser düsteren Zeit mit verdoppelter Kraft und mit ihrem heißesten Willen die Rettung Deutschlands ersehnen und betreiben möchten, ein geistig engeres Verhältnis an, das mit Zug und Recht als der Anfang einer nationalen „Schicksals- und Volksgemeinschaft“ bezeichnet werden darf. Eine solche Gemeinschaft kann natürlich nicht nur ein klingender Titel sein; sie muß als ein lebendiger, wenn auch unsichtbarer Organismus aufgefaßt werden, der die Millionen umgibt und ihnen allen im Dienste der gemeinsamen Sache die gleichen Pflichten auferlegt. Und eine der obersten dieser Pflichten heißt unbedingte Ehrlichkeit auch in der Beurteilung der Maßnahmen, die von einem gewichtigen Teile der Volksgemeinschaft vermeintlich zum Besten des Ganzen vorgeschlagen werden. Es bleibe aber diese Ehrlichkeitspflicht übergeben, wolle man den materiellen Teil der gewerkschaftlichen Forderungen ohne Einschränkung gutheißen, weil man die Grundstimmung und die Triebkräfte, aus denen sie geboren wurden, als gut und richtig bezeichnete. Den materiellen Forderungen der Gewerkschaften können diese Eigenschaften vielleicht nur zu einem kleinen Teil zugesprochen werden, soweit für dieses Urteil die praktische Verwirklichungsmöglichkeit und der praktische Wert den Ausschlag geben. Sie zeigen, daß die Gewerkschaften noch immer das Hauptgewicht auf die Erfüllung der Wünsche wirtschaftspolitisch wenig geschulter Kreise und nicht auf die Anpassung ihrer Forderungen und Ziele an den Sach wirtschaftlicher Erfahrungen legen, der sich im deutschen Volke und bei anderen Nationen angehäuft hat. Das ist ein Fehler, der sich leicht einmal an der gesamten deutschen Volksgemeinschaft bitter rächen kann, wenn solche den Möglichkeiten und den Erfahrungen unangemessene Wünsche durch die politische Macht der Gewerkschaften in die Tat umgesetzt werden.

Aber nun der Inhalt dieser Gewerkschafts-Wünsche oder -Forderungen! Die Gewerkschaften verlangen alles in allem nichts weniger als den Ausbau einer neuen, so ziemlich die gesamte Produktion und den gesamten Verbrauch umfassenden Zwangswirtschaft. Auf ihrem Programm steht die Beschlagnahme der Lebensmittel, Kleider und Stiele ebenso wie die Festsetzung von Höchstpreisen und die schärfste Überwachung der Preisbildung durch das Reich. Dazu tritt die Forderung einiger Verschleissverbote für gewisse Luxusgegenstände, wie Schaumwein, Vikore, Schokolade, Kuchen u. a., die Forderung nach Einfuhrverboten für ähnliche Produkte und endlich neben der Durchführung der Nationalisierung Deutschlands die Uebernahme des gesamten Ausfuhrhandels und des Devisen-Ein- und -Verkaufes durch das Reich. Das ist im Ausmaß das Wichtigste von gewerkschaftlichen Wunschzetteln. Kein ehrlicher Deutscher wird besonders angezogen von den luxuriosesten Forderungen dieses Programms den volkstümlichen und ethischen Wert, das über die Massen lobenswerte Ziel verkennen, das diesen Plänen zugrunde liegt. Deutschland soll endlich ein Land werden, das sich aus eigener Kraft erhält, das seit wird, ohne bei anderen Völkern Betteln zu gehen, das, dem Ernst der Zeit entsprechend, allem Land und Luxus absagt. Wir wollen Arbeit, Fleiß und Geld an Dinge wenden, die uns förderlich sind, aus dem Strudel des Wirtschaftsunterganges emporzutauchen! Wer freute sich nicht, daß die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Vertretungen breiterer Volksschichten, auf diesem Wege zu deutschem Ernst und zu deutscher Schlichtheit voranzugehen sich bestreben! Indes der moralische Wert dieses Programmteiles, so hoch er einzuschätzen ist, darf die volkswirtschaftliche Bedeutung der damit verbundenen und danach erforderlichen Maßnahmen nicht ganz verbunkeln. Wir sind an Verträge mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern gebunden, die uns die Aufnahme nicht zu gering zu veranschlagender Mengen ausländischer Luxusprodukte alljährlich zur Pflicht machen. Und wenn wir vielleicht es dahin bringen könnten, diese Einfuhrverpflichtungen loszuwerden und damit den ersten Schritt zu einer Beschränkung des Luxusverbrauchs im Lande zu tun, dem natürlich der zweite, die Beschränkung der für den Innenmarkt arbeitenden Luxusproduktion unverzüglich folgen müßte, wer würde die Jehntaufende von freizwerbenden, an und in diesen Luxusgewerben tätigen Arbeitskräften bei einem sich stetig verschlechternden Arbeitsmarkt mit Arbeit und Brot versorgen? Wäre der volkswirtschaftliche Gewinn, der sich aus der Ersparnis der bisher für Luxusgewerbe verwendeten Gelder ergäbe, unter den genannten Umständen tatsächlich noch erheblich? Das sind Fragen, über die allein eine tief schürfende statistische Forchung Aufschluß zu geben vermag.

Maßnahmen zur Vinderung der Not.

Beratungen der Reichs- und Staatsminister.

Berlin, 25. August. (Mitteil.) Die steigende wirtschaftliche Not, die sich in den letzten Tagen durch die ungeheure Entwertung der Mark noch mehr zu verschärfen droht, ist Gegenstand ernster Sorge der Reichsregierung. In einer gemeinsamen Besprechung der beteiligten Ressorts des Reichs und Preussens, die heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattgefunden, wurde eine Reihe von Vorschlägen geprüft, die auf die Vinderung dieser Notlage abzielen. Es wurden verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt und die zuständigen Ressorts beauftragt, ihre Vorschläge hierzu einem Ministerrat vorzulegen, der morgen vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentreten wird.

Für Montag werden die Ministerpräsidenten und Innenminister der Länder zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung nach Berlin gebeten werden. (W. T. B.)

Badisches Vorgehen gegen fremde Kuffäufer.

Karlsruhe, 25. August. Da das Land von fremden Kuffäufern überflutet wird, wurden die Bezirksämter sowie die Gendarmerie- und Bürgermeistereien angewiesen, gegen Reisende, bei denen der Verdacht unerlaubter Einfuhr, insbesondere auch über das besetzte Gebiet, vorliegt, sofort polizeilich vorzugehen und die gerichtliche Verhaftung der Ausländer herbeizuführen. Außerdem werden die Bezirksämter derartige Ausländer ausweisen. (W. T. B.)

Der Schmuggel an der polnischen Grenze.

Katowice, 25. August. Nach Mitteilungen des ober-schlesischen Zollamtes haben die Grenzposten an der polnischen Grenze in der Zeit vom 19. bis 23. August Schmuggelwaren im Gesamtwert von 4 Millionen Mark beschlagnahmt. Diese Feststellung beweist, in wie überaus schwerer Weise die deutsche Wirtschaft durch die Zerreißung Oberschlesiens geschädigt wird.

Die finanzielle Reichshilfe für die Gemeinden.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung) Berlin, 24. August. In den letzten Tagen gepflogenen und noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Städtebunde und dem Reich, die sich auf finanzielle Hilfe durch das Reich erstrecken, wird von antirealistischer Seite mitgeteilt, daß bei den Beratungen der Vertreter der Regierung die Forderung machten, daß Zuschüsse aus Reichsmitteln in Zukunft nicht nur für die Beamten und die hängenden Angelegenheiten, sondern auch für die nichtständig Beschäftigten gegeben werden sollen. Das Reich will sogar seine Stützungsaktion auch auf die kommunalen Arbeiter, allerdings mit gewissen Einschränkungen, ausdehnen. Ferner ist bei den Verhandlungen seitens der Regierungsvertreter die Bereitwilligkeit erklärt worden, dem alten Buntke der Städte nach Verteilung an der Einkommensteuer zu ratzgeben. Man hat deshalb geplant, den Kommunen 25 Prozent des Steuerfolls der Einkommensteuer von 1920, etwa 7 Milliarden Mark, zur Verfügung zu stellen. Weiterhin ist der Vorschlag gemacht worden, den Städten zur Ausbringung der erforderlichen Mittel eine Beteiligung an der Umsatzsteuer zu gewähren. Da das Reich jedoch aus verschiedenen Gründen von den 2 Prozent Umsatzsteuer keinen Abstrich zugunsten der Städte machen will, ist der Plan abgelehnt worden, die Reichsumsatzsteuer auf 3½ Prozent zu erhöhen und die aus dem Zuschlag sich ergebenden Mittel den Städten und Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen dürften bei der weittragenden Bedeutung der vorgeschlagenen Maßnahmen sich noch über längere Zeit erstrecken, und der ganze Plan wird dem Reichskabinett vorgelegt werden.

Gegen die unnötige Fleischsteuer.

Die Vorstände sämtlicher Bezirksvereine der Berliner Schlachterschlächter sind gemeinsam mit dem Interessenverband der Großschlachtereierne folgende Entschlieung: Die Vertreter des Interessenverbandes der Großschlachtereierne einerseits und der Schlachterschlächter andererseits erklären sich bereit, einmütig zusammenzutreten, damit dem unverantwortlichen Treiben ein Ziel gesetzt wird. Die Vertreter der Schlachterschlächter werden mit ihrem ganzen Einfluß dahin wirken, daß gegen diejenigen Großschlachter, die sich den Beschlüssen des Interessenverbandes, die dem allgemeinen

Die Folgen einer Kontrolle der staatlichen Bergwerke.

Berlin, 25. August. Von informierter Stelle wird zu der Garantieforderung der Reparationskommission, soweit sie die staatlichen Bergwerke betrifft, mitgeteilt, daß, nachdem die deutsche Kohlenwirtschaft sich heute schon in einer vorwiesenden Lage befindet, das Verlangen der Reparationskommission, die staatlichen Bergwerke als Pfandobjekt zu erhalten, für die deutsche Wirtschaft eine gewaltige neue Kohlenverwertung und Verschärfung der Kohlennot bringen würde. Die staatlichen Bergbeamten seien heute bemüht, die gesunkene Förderung zu heben und möglicherweise auf den Friedensstand zu bringen. Diese Bestrebungen würden erlahmen, sobald die Werke unter Kontrolle gestellt würden. Auch die Arbeiter würden sich weigern, für die unter der Kontrolle der Entente stehenden Werke Überstunden zu leisten. Es würde deshalb eine erhebliche Minderförderung eintreten. Die Ertragungen, die man mit der französischen Verwaltung der Saarbergwerke gemacht hat, zeigen, daß die französische Verwaltung weit kostspieliger arbeitet als die deutsche. Infolgedessen beträgt heute der Preis der Saarkohle das Drei- bis Vierfache des Ruhrkohlenpreises. Dazu tritt der Raubbau, den die französischen Bergwerksverwaltungen treiben, indem sie nur die mächtigsten, die sogenannten Fettkohlenflöze, abbauen und die geringwertigeren liegen lassen.

In welcher Form sich die Reparationskommission die Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke vorstellt, sei bisher noch nicht bekannt. Es scheint, daß man nur eine wirtschaftliche Kontrolle anstrebt. Dies würde bedeuten, daß die französischen Kontrolloren sich und Stimme im Reichskohlenrat an Stelle der Vertreter des preussischen Bergbaus erhalten würden. Auf diesem Wege und auch über das Kohlenyndikat würden sie Einfluß auf die Verteilung und die Preisfestsetzung der Kohlen und somit auf das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt erhalten. Das würde eine neue Bedrohung der Unabhängigkeit der deutschen Industrie bedeuten. Wenn man bedenkt, daß auf Grund des Friedensvertrags teils durch Abtretung, teils durch Reparationskohlenlieferung die Entente bereits über 35 Prozent der gesamten früheren deutschen Kohlenproduktion freie Verfügung oder Kontrolle hat, so ist die wirtschaftliche Bedeutung einer weiteren Ausdehnung dieser Kontrolle ohne weiteres klar. Gegenüber diesen Gefahren der deutschen Wirtschaft seien die finanziellen Vorteile für die Reparationskommission nur sehr gering. Der ungeheure Schaden, die der deutschen Wirtschaft durch diese Maßnahmen zuteil würde, stände gegenüber ein fast bedeutungsloser Papiergeldposten, mit dem die französische Regierung selbst die geringsten Bedürfnisse ihrer Finanzen nicht zu decken vermöchte.

Wohl dienen, nicht fügen wollen und sich der Preissteigerung schuldig machen, mit allen wirtschaftlichen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, vorgegangen wird, und sie werden eventuell vor öffentlicher Brandmarke nicht zurückweichen.

Weiter beschloß die Versammlung, die Berliner Fleischherstellung zu erziehen, sich unverzüglich mit den Fleischherstellern der in Betracht kommenden Großstädte Deutschlands in Verbindung zu setzen, damit diese sich dem Vorgehen Berlins anschließen. Den Kern des Preisstreikereitens bilden die Nachweise darin, daß die Viehkommismissionäre ein Interesse an hohen Preisen haben, weil sich mit diesen Preisen ihre Umfahrgewinne erhöhen. Das führt dann weiter dazu, daß die Händler diesen auf Kosten der Verbraucher besonders wichtigen Kommissionären, die damit auch für die Händler und mittelbar für den Landwirt höhere Preise und höhere Gewinne herauszuschlagen, ihr Vieh zuführen, so daß ein Kommissionär vom andern überboten wird. Nachweise erklären, daß — was auch dem Vater einleuchtet — die Preisstreiberen in dem Augenblick aufhören würden, wo die Kommissionäre nicht nach den ersten Preisen, sondern nach dem Gewicht oder der Stückzahl des umgesetzten Schlachttieres sich bestimmen würde. Dann würde auch zweifellos der Fleischnot gesteuert werden, denn anstatt an den Preisen hätten dann die Kommissionäre ein entscheidendes Interesse an der Steigerung des Auftriebes. Und gesteigerte Zufuhr bedeutet verbilligte Ware.

Die Reichsregierung warnt vor Streiks wegen des Ernisses der Zeit.

Bei den Besprechungen des Reichskanzlers mit Führern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die gegenwärtige Wirtschaftslage wurde seitens der Regierung gebeten, alle Streikabsichten möglichst aufzugeben, namentlich solche Streiks, die die Ernährung der Bevölkerung gefährden, und sich aller Terrorakte zu enthalten. Der Schaden, der durch Handarbeiter- und Transportarbeiterstreiks in den letzten Wochen erbracht ist, ist nicht wieder gut zu machen. Verlorenes Getreide muß im Ausland gekauft werden und verleihtert unsere Valuta noch mehr, verteuert die Lebensmittel auf Kosten der Gesundheit des Volkes. Angefichts der schlechten Ernte sind Streiks, die die Ernährung gefährden, ein Verbrechen am Volke.

Die Lohnregelung im Kohlenbergbau.

Berlin, 25. August. Im Anschluß an die gestrigen Lohn- und Lebensbedingungsverhandlungen für das Ruhrgebiet wurden heute im Reichsarbeitsministerium die Vorschläge für die übrigen Stein- und Braunkohlenreviere teils im Wege freier Vereinbarungen, teils durch Schlichtersprüche geregelt. Die Parteien werden sich über die Annahme der Schlichtersprüche bis zum 4. September erklären. (W. T. B.)

Zusammenbruch des Oberbarnimer Landarbeiterstreiks.

Berlin, 25. August. Der kommunistische Landarbeiterstreik in Oberbarnim ist heute völlig zusammengebrochen. Die streikenden Arbeiter nahmen auf allen Ämtern die Arbeit bedingungslos wieder auf. Die Streikheer sind nicht wieder eingeteilt worden. Damit hat dieser, von kommunistischen Elementen in Szene gesetzte Streik sein endgültiges Ende erreicht, ohne daß die Streikenden auch nur die geringsten Erfolge zu verzeichnen haben. Welcher Schaden durch diesen wilden Streik der Volksernährung zugefügt worden ist, wird noch genau festgestellt werden. Mit der Zurückziehung der Technischen Nothilfe, der allein es zu verdanken ist, daß erhebliche Getreidemengen gerettet und wertvolle Viehbestände vor dem Zugrundegehen bewahrt wurden, wird sofort begonnen. Der Streik hat im ganzen drei Wochen gedauert.

Konferenz des Zentralverbandes der Angestellten.

Berlin, 25. August. Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten berief den Beirat des Verbandes und die leitenden Beamten aus allen Teilen des Reiches zu einer wichtigen Konferenz nach Rottenburg ob der Tauber ein. Die Konferenz wird zur augenblicklichen Wirtschaftskatastrophe Stellung nehmen und die Maßnahmen erwägen, die geeignet sind, die Angestelltenkraft vor dem Schmelzen zu bewahren. (W. T. B.)

Entlassung von Angestellten im Versicherungsvergewerbe.

Berlin, 25. August. Die Viktoria-Versicherungsgesellschaft hat allen Angestellten, die noch nicht fünf Jahre in ihren Diensten stehen, das Vertragsverhältnis zum 30. September 1922 gekündigt. Es werden etwa 1400 Angestellte davon betroffen. Die Gesellschaft behält sich vor, die Kündigungen in größerem Umfang rückgängig zu machen. Die die Gesellschaft weiter erklärt, sie sei zu einer tief einschneidenden Änderung ihres Geschäftsbetriebes und der Arbeitsmethoden unbedingt genötigt, um das Geschäft lebensfähig zu erhalten. (W. T. B.)

Der Unterschied der Friedensschlüsse von Frankfurt a. M. und Versailles.

Berlin, 25. Aug. Von amtlicher Seite wird dem W. T. B. zu den beiden kürzlich von französischen Ministerpräsidenten gehaltenen Reden u. a. mitgeteilt: Der Ministerpräsident hat in seiner Rede in Bar-le-Duc einen Vergleich zwischen der deutschen und der französischen Zahlungs- und Handelsbilanz gezogen, mit dem Ziele, nachzuweisen, daß der Einzug der Mark nicht durch die Passivität der deutschen Zahlungs- und Handelsbilanz verursacht worden sei. In einem Punkte ist dem französischen Ministerpräsidenten recht zu geben. Bis zum jetzigen fürchtbaren Tiefstand und in diesem schnellen Tempo die Mark zu entwerten, hätte die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz allein nicht ausgereicht. Die letzte Entwertung von einem Hundertfünftel auf ein Vierhundertfünftel des Friedenswertes ist vollends durch die

Politik der Drohungen und Retorsionen

verschuldet worden. Die deutsche Wirtschaft ist durch den Krieg vollständig erschöpft und durch den Waffenstillstands- und Friedensvertrag aller Kräfte verberaubt worden, mit denen Auslandszahlungen geleistet werden konnten. Der Friede von Frankfurt hatte die französische Wirtschaft ganz intakt gelassen. Deshalb hatte Frankreich damals verhältnismäßig leicht die Kriegenschuldung tilgen können.

Der Vertrag von Versailles

hat aber Deutschland zuerst aller Möglichkeiten zu Auslandszahlungen beraubt und trotzdem ihm die Verpflichtung zu großen Auslandszahlungen auferlegt. Alle Möglichkeiten für Leistungen an Ausland hat der Vertrag von Versailles vorweggenommen oder unmöglich gemacht, wie die Annahme von Krediten, oder sie sind abgelehnt worden, wie das wiederholte Angebot zum Kauf von Nordfrankreich durch deutsche Arbeitskräfte. Der Kredit Frankreichs ist dagegen sowohl 1870 wie jetzt und erhöht geblieben. Deutschland aber wird der internationale Kredit verweigert, sowohl von der Bank von England wie auch von der Bankierkommission, mit der Begründung, daß der Vertrag von Versailles und das Ultimatum von London Deutschland kreditunwürdig gemacht haben. Die Beweisführung des Herrn Poincaré für die Behauptung, daß Deutschland die Entwertung der Mark selbst ausgelöst habe, ist daher falsch.

Teilnahme Lloyd Georges am Völkerbundsauf?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“) Paris, 25. August. Der „Antragsagent“ meldet, daß Lloyd George dem Völkerbund beizutreten, daß Lloyd George persönlich an der demnächst beginnenden Sitzung des Völkerbundrates teilnehmen werde.

Aber wir wollen einmal annehmen, es gelänge in Deutschland, den Luxusverbrauch in weitestem Umfang zu beschränken und den gewerkschaftlichen Zwangsmaßnahmen in dieser Hinsicht entgegen zu treten. Dann wäre für einen kleinen Teil der erwerbstätigen Schichten zwar eine Zwangswirtschaft, die mit der Bedrohung der Existenz der davon Betroffenen auf einer Stufe steht, durchgeführt, für die allgemeine und umfassende Zwangswirtschaft aber, die die Nationierung und Preisbildung für alle lebenswichtigen Verbrauchsartikel umfassen soll, bedeutete das erst einen kleinen, verschwindenden Anfangsschritt. Und alle die Fragen, die bei der Ausschaltung der Luxusproduktion in beschleunigtem Umfang aufzuheben und einer Verantwortung erheischen, würden, ins gigantische vermehrt, bei der Einführung der allgemeinen Zwangswirtschaft emporspringen — und zum großen Teil ungelöst bleiben müssen. Ein Beamtenheer zur Lieberwachung der Erzeugung, der Verteilung, der Preisregulierung, zur Lieberwachung der Grenzen und Schlupfwinkel, der erlaubten und unerlaubten Handelsverträge würde entstehen, das Milliarden und Abermilliarden verschlingt. Wer möchte nicht noch zurück an die Kriegsjahre zurückdenken? Und wenn der Apparat schließlich ins Leben gerufen wäre, wer sieht dafür ein, daß er funktioniert? Wer sieht dafür ein, daß die Verteilung, die Erzeugungslust, daß Schmuggel und Schwindel nicht doch allen Nutzen die Früchte rauben? Das Gesetz? In Ungarn hat man vor kurzem mit drastischen Maßnahmen eine gezielte Zwangswirtschaft eingeführt, in den Markthallen Budapests Standgerichte im wahren Sinne des Wortes untergebracht, die den Preisfreier unermäßig mit Entziehung des Gewerbes und mit Ausprägung bestrafen. Die Folge war in den ersten Tagen wohltuend, die Preise blieben stabil, dann verschwand Waren und Händler. Wohin? Wer weiß? — Will man bei uns ähnliches experimentieren?

Nein, nein, mit der Zwangswirtschaft werden wir sicherlich unsere Lage verbessern. Der Reichskanzler hat ganz recht, wenn er daran zweifelt, ob unser Volk noch soviel moralische Kraft aufbringen würde, eine Zwangswirtschaft zu ertragen. Darin liegt überhaupt der Angelpunkt des ganzen Problems. Moralische Kraft! Die fehlt, die ist so bitter vorhanden. Wäre sie vorhanden, dann gäbe es einen Willen, der mit oder ohne Zwangswirtschaft sich auf den Verbrauch des unbedingt Nötigen einstellte, der Schmuggel, Schieberium, abnormen Gewinn, Profitgier und wie die Väter der Tage heißen, verachtet und nur das eine Ziel setzen würde, Deutschland aus dem Sumf wieder emporzubringen. Aber läßt sich diese moralische Kraft durch Zwang erzeugen, läßt sie sich einflößen wie eine Arznei? Nie und nimmer! Sie wächst aus dem Beispiel stützlich starker und wertvoller Naturen heraus und zwingt, an hervorragender, weit über sichtbarer Stelle bewiesen, die Massen in ihren Bann. Die Gewerkschaften sind solche Stellen. Der Geist und das Ziel ihrer Forderungen, ihr Bekenntnis zur Not der Nation, der Wille, diese Not zu beheben, beweisen moralische Kraftgefühl. Wenn dieses Kraftgefühl auch den letzten Gewerkschaftler durchdringt, dann wächst eine Macht des Guten heran, die ohne gesetzliche Zwangswirtschaft die Rettung erzwingt. Die Gewerkschaften haben es in der Hand, diesen Vorgang zu beschleunigen und dürfen dabei der Unterstützung jedes ehrenhaften Deutschen gewiß sein.

Italien und das österreichische Problem.

Vercina, 25. August. (Stefani.) Die Unterredung zwischen dem italienischen Außenminister Schanzer und dem österreichischen Bundeskanzler Seipel hat unter Beisein des österreichischen Finanzministers Segur und des italienischen Senators Contarin begonnen. Sie wurde um 1 Uhr unterbrochen und wird nachmittags fortgesetzt werden. Der Präsident der Provinz Verona gab zu Ehren Schanzers und Dr. Seipels ein Frühstück. (W. T. B.)

Die Direktiven der italienischen Politik bei der Besprechung sind nach der „Tribune“ folgende: 1. Gemeinlames Schmelzen der Verbündeten Deutschlands, das keine Unabhängigkeit gewährt bleibe. 2. Straffe Innehaltung der Verträge. 3. Innerhalb dieser Richtlinien seien die Mittel finanzieller und wirtschaftlicher Art zu finden, die den Zusammenbruch Österreichs zu verhindern geeignet sind. Nach anderen Mitteilungen handelt es sich zunächst um Pläne einer Söllunion. Einen sehr scharfen Ton gegen Frankreich schlägt „den Regionalen“ an, die erklärt, Frankreich habe seine Karten ausgedeckt, indem es Österreich das Geld verleihe, um die kleine Entente zu finanzieren. Falls Dr. Seipel wirklich nach Paris reise, würde das keineswegs die Veroneser Besprechungen beeinflussen. Die Lösung könne nur eine italienische oder eine antitalienische sein, nachdem die österreichische Lösung nunmehr ausgeschlossen ist.

Budapest, 25. August. Der hiesige italienische Botschafter Cotagnetto hat der ungarischen Regierung eine Note überreicht, in der er auf die besonders in der ungarischen Presse verbreiteten Gerüchte über eine bevorstehende Aufteilung Österreichs oder dessen Verschmelzung mit Italien Bezug nimmt und auf das entschiedenste erklärt, von einer Aufteilung oder Einverleibung Österreichs in einen fremden Staat könne nicht die Rede sein, und Italien besterbe bedingungslos darauf, daß Österreich als selbständiger Staat in seinen heutigen Grenzen erhalten werde.

Graf Czernin für ein Bündnis mit Italien.

Paris, 25. August. Der frühere österreichische Außenminister Graf Czernin hat sich in einem Interview für ein politisches Bündnis Österreichs mit Italien ausgesprochen. Graf Czernin erklärte, daß der Anschluß an Deutschland infolge des Widerspruchs der Entente in absehbarer Zeit undurchführbar sei, und daß infolgedessen nur eine Annäherung der österreichischen Republik an einen seiner übrigen Nachbarn überbleibe. Er vertritt die Ansicht, daß ein enger wirtschaftlicher und politischer Anschluß an einen der Nachbarstaaten nicht so zweckmäßig wäre wie ein Bündnis mit Italien.

Vorkäufig ist der österreichische Anschlußgedanke nicht durchführbar.

Wie wir hören, ist bei den Besprechungen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel und der Reichsregierung der Gedanke eines Anschlusses Österreichs an Deutschland in Betracht gezogen, aber nicht ausführlich besprochen worden, weil angelehnt der eigenen schwierigen Lage Deutschlands dieser Frage vorläufig keine Lösung entgegengebracht werden kann. Dagegen hat der Besuch Dr. Seipels dazu beigetragen, das gegenseitige Vertrauen der beiden Staaten zueinander zu festigen, die den gleichen Leidensweg zurücklegen müssen. Wenn Deutschland dem Brudervolke auch finanziell wenig helfen kann, werden doch wirtschaftliche Erleichterungen durch Deutschland zu gefunden werden können.

Ein neuer tschechoslowakisch-jugoslawischer Bündnisvertrag.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“) Prag, 25. August. In Wien wurden die Besprechungen zwischen Patisch und Benesch erfolgreich abgeschlossen. Der neue Bündnisvertrag soll in nächster Zeit veröffentlicht werden. Er ist auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen ausgelegt worden.

Eine Konferenz der Kleinen Entente.

Prag, 25. August. Morgen werden der bisherige Gesandte Polens Pilsch, der jugoslawische Außenminister Rimtschitsch und der rumänische Außenminister Duca in Prag eintreffen, um an der am Sonntag beginnenden Konferenz der Kleinen Entente teilzunehmen. Die Konferenz wird sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigen, welche Stellung die Kleine Entente zur Annahme Ungarns in den Völkerbund und zur Verhandlung der Minoritätenfrage einnehmen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man für die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund stimmen wird.

Dresdner Nachrichten Seite 400 Sonnabend, 26. August 1922

Dresdner Radsporthag.

Nachdem bereits die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Die Jugendfahrer haben kaum das Ziel passiert und schon...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Bis mittags 12 Uhr treffen dann weitere Wanderfahrer am...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Den Höhepunkt erreicht aber der Radsporthag mit der...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Kurz nach 9 Uhr folgt die Preisverteilung und die Kapelle...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Nach Wanderlust 88. Zur Beteiligung an der Wander...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Herdsporthag.

Voraussetzung für Herdsporthag am 26. August. 1. Rennen:...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Baden-Baden, 25. August. (Eig. Drahtmeld.) 1. Rennen...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Dresdner Kampfspiele.

Schülergruppe im D. O. f. R. Ein schöner Aktus zu den in dieser Woche stattfindenden...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Radsportklub war als Einzelkampf eine 50-Meter-Strecke...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Für den Schwimmen hatten sich in der Oberstufe 24...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Schwimmgruppe. Staffelschwimmen Vinty-Dresden für...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Rafensport.

Fußballspiel am Sonnabend. Zwei Leipziger Mannschaften...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Sportverein Ost-Mitteleuropa. Sportverein Ost-Mitteleuropa...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Das Handball-Auscheidungsspiel zwischen A. 1. 2. am...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Schlagball. Die Schwenkmeisterchaft des Vereins für...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Tennis.

Tennis-Club Bismarck (T. R. B.). Der Vorstand besteht...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Vereinskalender

Dresdner Sportklub. Heute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Verbandsversammlung deutscher Innungs- Krankenkassen.

Der Innungsfrankenkassenverband (Ztg Hannover) hielt am 21. und 22. d. M. in Münster in West-...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Bei allen Verhandlungspunkten trat ein lebhaftes...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Sehr eingehend wurde über das Verhältnis der...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Ein Weltbund gegen die Krankheit. Die Englische...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Grubenunglück. Das Preussische Oberbergamt in...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Abtuz eines Flugzeuges. Auf dem Flughafen von...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Schweres Unfallsunglück in Indien. Reiter melde...
Derzeit sind die Radfahrer in den Tagen des Jahres eine...

Brillanten, Gold-, Silber-, Platin- Gegenstände und Bruch

verkauft Sie am besten bei DRILLICH
Hotel Knaulenhof, Knaulenstraße 21, Zimmer 1,
Ingenieurweg, Strengste Diskretion.

Stellenmarkt
Suche per sofort oder sp.
ig. Mann
mit guter Handschrift für
Kontor.

Befucht 1. Oktober
Älterer
Verwalter
für intensives Betrieb. Lebens-
lauf u. Gehaltsanfrage an
Rittigerw. Kriobstein,
Waldheim, Sachl.

1. Verwalter
und Scholr oder
Volontär-Verwalter.
geheh. Stell. des Verwalter-
oder mündelns. Ein- u.
Zeugniss-Beitragung. An-
tritt 1. 10. 1922 oder früher.
Schriftl. Vermerk mit Zeugn-
is. Lebenslauf und
Gehaltsanfrage an
Rittigerw. Kriobstein,
Waldheim, Sachl.

Maschinen-
und Bauingenieure
mit abgeschlossener Hoch- oder Mittelschulbildung
für Entwurfsbüro Chemnitz einer ersten Fach-
firma des Feuerungsbaues
zum sofortigen Antritt
gesucht.

Energetisch intelligente
weibliche
Persönlichkeit
zur Einarbeitung für Jahrbuch-
Kontrakte gesucht. Offert
unt. A. 4631 Exped. d. Bl.

Junger Beamter im 22.
Lebensjahre sucht 1. Sept.
Ehefrau als
Wirtschaftsgehilfe.

Verwalter.
Gehalt zeitgemäß. Angeb.
unt. M. T. 66 Exp. d. Bl.

Soloverwalter
gesucht, der in egaler land-
wirtsch. Buchführung, Ueber-
s. Steuerberechnung durch-
aus erfahren ist und seine
Tätigkeit durch gute Zeugn-
isse nachweisen kann.

1. Verwalter
geheh.
Rittigerw. Kriobstein,
Waldheim, Sachl.

Zünftiger
Freischweizer
zum 1. Oktober gesucht.
Mit Zeugniss-Beitragung.
Antritt 1. 10. 1922 oder früher.
Schriftl. Vermerk mit Zeugn-
is. Lebenslauf und
Gehaltsanfrage an
Rittigerw. Kriobstein,
Waldheim, Sachl.

Memorial-Buchhalterin,
sofort gesucht.
In Buchwesen erfahren, nicht unter 25 Jahren.
Schriftliche Angebote mit Zeugniss-Beitragungen u. Gehalts-
ansprüchen erbeten an
Direktion Hotel Bellevue, Theaterplatz.

Ältere Frau
für Haushalt, in Küche
erfahren, sofort gesucht. Off.
an Kriobstein, Waldheim, Sachl.

Stallosuchenden
empfehl. wir dringend,
Ihr. Bewerbungsbriefen
keine Orig.-Zeug-
nisse, sondern nur
Abschriften beizulegen,
da wir keine Garantie f.
Rückgabe übernehmen
können.

Geldmarkt
M. 20000
bis M. 30000
zu 10% Zinsen und guter
Sicherheit zwecks Berghe-
rung meines Geschäftes (sofort
anz.) bezm. 1 Jahr zu leihen
geheh. Beste Offerten erb.
u. H. 666 an die Exp. d. Bl.

Hof Langeninne
bei Dreieberg, Sachl.

Wirtschafts-
gehilfen
im Alter von 18-22 Jahren,
möglichst Unverheiratet, der
sich seiner Arbeit (sofort) bei
Branntwein- u. Zucker-
fabriken ausbilden will. Offerten
mit Zeugniss-Beitragungen und
Lebenslauf erbeten an
Gutsbes. Mag Krause,
Altenberg, Post Bernh.
Sachl. Sachl.

Wirtschaftsmädchen
oder Stütze
zur Unterstützung der Wirt-
schafterin, trouill. Hausarb.
Gutes Mitleid. Bezahlung.
Off. mit Zeugniss-Beitragungen u.
Gehaltsansprüchen erbeten an
Gutsbes. Mag Krause,
Altenberg, Post Bernh.
Sachl. Sachl.

Solides, zuverläss.
Mädchen
für Büch. und Stütze in
Brau- u. Zucker-
fabriken, branch. be-
zogen, sofort
Rückkehr Waldheim.

Sausmädchen
mit nachweisb. Kochkenntn.
bei guter Verpflegung und
zeitgem. Lohn neben vorh.
Gehaltsanspruch für Haushalt
von 3 Personen. Mit nur
guten Zeugnissen vorzulegen
1-1 Uhr oder nach telegr.
Anfrage unter Nr. 2562
Hospitalstraße 13, 2.

Per sofort gesucht
1 bis 2 Millionen Mk.
auch in Posen von 500 000 Mk. gegen sehr hohe
Verzinsung und absolute Sicherheit. Gef.
Off. erb. u. L. A. 614 an Rudolf Hesse, Leipzig.

Berwalter,
der sich in der Buchführung
weiter ausbilden will,
bei Familienanstellung. Gehalt
nach Vereinbarung.

Wirtschafts-
gehilfen
im Alter von 18-22 Jahren,
möglichst Unverheiratet, der
sich seiner Arbeit (sofort) bei
Branntwein- u. Zucker-
fabriken ausbilden will. Offerten
mit Zeugniss-Beitragungen und
Lebenslauf erbeten an
Gutsbes. Mag Krause,
Altenberg, Post Bernh.
Sachl. Sachl.

Wirtschaftsmädchen
oder Stütze
zur Unterstützung der Wirt-
schafterin, trouill. Hausarb.
Gutes Mitleid. Bezahlung.
Off. mit Zeugniss-Beitragungen u.
Gehaltsansprüchen erbeten an
Gutsbes. Mag Krause,
Altenberg, Post Bernh.
Sachl. Sachl.

Solides, zuverläss.
Mädchen
für Büch. und Stütze in
Brau- u. Zucker-
fabriken, branch. be-
zogen, sofort
Rückkehr Waldheim.

Per sofort gesucht
1 bis 2 Millionen Mk.
auch in Posen von 500 000 Mk. gegen sehr hohe
Verzinsung und absolute Sicherheit. Gef.
Off. erb. u. L. A. 614 an Rudolf Hesse, Leipzig.

Per sofort gesucht
1 bis 2 Millionen Mk.
auch in Posen von 500 000 Mk. gegen sehr hohe
Verzinsung und absolute Sicherheit. Gef.
Off. erb. u. L. A. 614 an Rudolf Hesse, Leipzig.

Börsen- und Handelsteil.

Willkürliche Steuererhöhung.

Vom Panlo-Bund wird geschrieben: Die dem Panlo-Bund zugegangenen Klagen vieler Steuerzahler, daß die Finanzämter oftmals ohne jede vorherige Mitteilung die in der Steuererklärung gemachten Angaben über die Höhe des Einkommens unbedenklich lassen und das Einkommen willkürlich höher ansetzen, haben zu einer Unterredung zwischen Panlo-Bund und Finanzministerium geführt. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß die in der Reichsabgabenordnung erlassenen Vorschriften über die Ermittlung und Festsetzung der Steuern von den Finanzämtern unbedingt befolgt werden müßten. Insbesondere sei, wenn wesentlich zumungunsten des Steuerpflichtigen von den in der Steuererklärung gemachten Angaben Abweichung mitzuteilen (§ 208 Abs. 4 Reichsabgabenordnung). Ferner sollen ordnungsmäßig geführte Bücher der Besteuerung zugrunde gelegt werden, wenn nicht seitens der Verwaltungsbehörde der Nachweis der Unrichtigkeit der Eintragungen oder ihre Unanwendbarkeit für die Errechnung im einzelnen gefordert wird (§ 208 Reichsabgabenordnung). Der Panlo-Bund empfiehlt den Steuerpflichtigen, bei der Verhandlung vor den eingeleiteten Einsprüchen die Finanzämter auf diese vom Finanzministerium wiederholt betonte Auffassung hinzuweisen.

Auslandsklappen zur Leipziger Messe.

Die ehrenamtlichen Vertreter des Leipziger Messenamtes in Schweden und Holland haben unserem Leipziger R.-Mitarbeiter Aufschlüsse über die Erwartungen, mit denen die dortigen Geschäftskreise zur Leipziger Herbstmesse gehen, gegeben lassen. Es wiederholen sich die Klagen über die mangelhaften Lieferungen der deutschen Industrie und die zu hohen Preise. Herr J. B. B. B. B. in Stockholm schreibt: Noch vor 14 Tagen war es fast unmöglich, sich über die Stellung der Schweden zur diesjährigen Messe ein bestimmtes Bild zu machen. Die durch den jähren Kursfall geschaffenen neuen Verhältnisse hatten, nachdem man sich kurze Zeit an fast mit den bisherigen ungeklärten Preise gewöhnt hatte, die Köpfe verwirrt. Die leider von deutscher Seite mit verbreiteten Alarmnachrichten über unerhörte Ausbeutung der Fremden hatten dieses Bild und Kellerei hervorgerufen. Wie wird sich die Zukunft gestalten, was ist an den Nachrichten Wahrheit? Der Vertreter deutscher Interessen im Ausland hat die Verantwortung dieser Fragen seinen leichten Stand. Aber man braucht Ware, und so gibt es noch einen über alles Erwarteten guten schwedischen Besuch der Herbstmesse. Bei sich aber jeder Verkäufer darüber klar, daß man über genau die deutschen Schwächen wissen muß, daß man über durch Verprechungen, die nicht gehalten werden, dem deutschen Namen und der Leipziger Messe für die Zukunft unersetzlichen Schaden zufügen kann.

Herr J. van der Borg in Amsterdam berichtet wie folgt: Nach dem glänzenden Verlauf der diesjährigen Frühjahrsmesse waren bis vor einiger Zeit meine Erwartungen für die Herbstmesse nicht ungünstig und erhoffte ich einen verhältnismäßig befriedigenden Erfolg. Ich sage „verhältnismäßig“, weil bekanntlich der Besuch im Frühjahre am stärksten ist. Bei der fortgesetzten Verschlechterung der allgemeinen Geschäftslage, deren Folgen sich auch in Holland immer mehr fühlbar machen, erscheinen mir heute die Aussichten für das Herbstgeschäft mit Holland doch weniger erfreulich. Hier sind die Verhältnisse in allen Zweigen durchweg schlecht, besonders in der elektrotechnischen Branche und im Schuhwarengeschäft. Allerdings ist die Zahl der Besuchenden von Holland nicht unwesentlich; es gibt aber mangels Kaufmann dabei, der zur persönlichen Bekämpfung von Differenzen oder zur Erlangung seiner im Frühjahre bestellten Waren nach Leipzig fährt. Und hiermit verläßt er einen Punkt, der für die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Holland von großer Wichtigkeit ist. Das frühere Vertrauen der hiesigen Käuferwelt zur deutschen Industrie hat gelitten, da die Erfüllung von Leistungserwartungen häufig in einer Weise erfolgt, die sich durch die gewöhnlich schwere Lage der deutschen Industrie nicht entschuldigen läßt. In dieser Beziehung gehen manche Klagen bei mir ein, und ich möchte betonen, daß durch ähnliche Vorkommnisse der weitere Geschäftserfolg beeinträchtigt wird. Dazu kommt die Preisgestaltung in holländischer Währung, wobei die Forderungen derart hoch angesetzt werden, daß sie der Fertigung von Waren im Wege stehen. Offensichtlich werden die deutschen Industriellen zur Herbstmesse ihr Möglichstes tun, sich die holländische Kundenschaft auch weiterhin zu erhalten.

Dresdner Probierenliste vom 25. Aug. Amtliche Notierungen.
Weizen 8450—8650, abgemischt, Roggen 2800—3000, abgemischt, Sommergerste, spätere 8150—8300, feine Wintergerste 2850—3000, feine, Hafer 3250—3300, feine, Hafer 4200—4300, feine, Mais mixed 3150—3200, feine, kleine gelbe Erbsen 3500—3600, geschältes, Hafer 25 000—30 000, feine, Erbsenmehl 2150—2200, feine, Buderzweifel 2200—2400, feine, Weizenmehl 2100—2150, feine, Roggenmehl 2100—2150, feine, Weizenmehl 2025—2125, feine, Roggenmehl 3850—4050, feine, Weizen- und Roggenkrog 850—400, feine, Haferkrog 370—420, feine, Weizen, neues 340—300, feine, Weizen Ware über Weizen. Die Preise verstehen sich per 50 Kilogramm, Hafer und Weizen in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden. Neu und Stroh in Ladungen von etwa 5000 Kilogramm, alles andere in Ladungen von 10 000 Kilogramm wagenfrei Dresden.

* Die neue Ausfuhrabgabe. Vermutlich wird die erhöhte Ausfuhrabgabe am 1. September in Kraft treten. Die bisherigen Sätze sollen noch für einige Monate, die vor dem 1. September an eine Außenhandelsstelle abgegeben sind. Für spätere einkaufende Aufträge sollen die niedrigen Sätze nur in den Fällen zur Anwendung kommen, wo die Geschäfte vor dem 1. August abgeschlossen sind. Die amtliche Bekanntgabe der neuen Bestimmungen und der Uebergangsvorschriften wird entweder kurz vor der Leipziger Messe oder während derselben erfolgen. Es empfiehlt sich daher dringend, daß die an der Ausfuhr beteiligten Messenbesucher und -einkäufer ihre Auftragsunterlagen möglichst vor dem 1. September einreichen.

Sonntag Schiffsche Olen- und Wandplatten-Werke Aktiengesellschaft, Reichen. Die Verwaltung hat beschlossen, die Aktien der Gesellschaft an der Berliner Börse einzuführen zu lassen. Es wird berichtet, daß der Umsatz der Gesellschaft sich gegen das Vorjahr stark erhöht hat. Die Gesellschaft ist nach wie vor in allen Abteilungen sehr gut beschäftigt und verfügt noch über größere Auftragsbestände.

Sächsische Broncewarenfabrik A. G., Wurzen. Wie bereits gemeldet, gelangen 20 % Dividende und 20 % Bonus zur Verteilung. Die Ausschüttung zu Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres waren zunächst sehr kräftig, da in den ersten Monaten der Auftragslage vollkommen im Stoden kam, bedingt durch die unübersichtlichen wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allen Dingen auf dem Exportmarkt. Es gelang jedoch, im zweiten Halbjahre den Ausfall durch geleistete Lieferungen wieder auszugleichen bzw. gutzumachen, so daß es mit Ablauf des Geschäftsjahres möglich war, ein befriedigendes Ergebnis vorzulegen. Der Auftragsbestand und der Umsatz waren auch in den bisher abgelaufenen Monaten des neuen Geschäftsjahres zufriedenstellend. Nach der Bilanz betragen Debitoren 4 650 100 M. (2 280 871 M.), Warenbestände 6 035 507 M. (1 414 888 M.), andererseits Kreditoren 6 106 250 M. (3 068 501 M.) und Anpassungen 2 944 290 M.

* **ILB und Ordinen-Werke Aktiengesellschaft in Plauen.** Der Geschäftsjahresbericht des vergangenen Jahres zeigt den Stand der Valuta und die fortwährende Entwertung unserer Markt beinträchtigt. Hierdurch entstehende Schwierigkeiten und die immer wieder notwendige Erhöhung der Valuta und Gehalte und die Steigerung der Unkosten ließen keine ruhige Auswertung vorzuziehen abgesehen von Ein- und Verkäufen aufkommen. Steigende, durch die fortwährende Geldentwertung getriebene Klagen mit sich bringend gutem Gewinn genügt doch nicht zur Deckung des gleichen Menge Verkaufsware, da der Verkaufswert für Material und Arbeit immer erheblich höher war, als die aus den gemachten Umsätzen erzielten Erträge. Die durch diese ungeliebten Wirtschaftsverhältnisse andauernd zwingend nat-

wendige Erhöhung der Betriebsmittel wurde für das laufende Geschäftsjahr durch die Kapitalerhöhung vom 15. Juni 1922 beschlossen durch eine Erhöhung des Aktienkapitals um 2 500 000 M. auf 6 500 000 M. Die Durchführung dieser Kapitalerhöhung und die Einführung der neuen Aktienklassen an der Börse zu Berlin ist erfolgt. Im neuen Geschäftsjahr sind Veränderungen in der Geschäftslage nicht zu berichten. Der außerordentliche Jahreshaushalt des Geschäftsjahres läßt irgendwelche Schlussfolgerungen auf die zukünftige Entwicklung des Geschäftes nicht machen. Einschließlich 20 001 M. (20 213 M.) Vortrag beträgt der Bruttogewinn 6 430 608 M. (2 272 607 M.). Dagegen erforderlichen Geschäfts- und Administrations-Aufwände 2 204 794 M. (805 987 M.), Abgaben 880 313 M. (978 854 M.), Abschreibungen 224 221 M. (100 466 M.). Der Reingewinn beträgt 3 318 478 M. (1063 204 M.) und soll wie folgt verteilt werden: für geleistete Rückzahlung 100 000 M. (50 000 M.), lokale Zwecke 75 000 M. (0), Werkverhaltung 400 000 M. (0), Steuern und Abgaben 200 000 M. (0), fahungsgemäße Vergütung 254 448 M. (98 335 M.), 50 % (70 %) Dividende gleich 1 350 000 M. (500 000 M.), Vortrag auf neue Rechnung 20 081 M.

Wagelische Spinnweberei A. G. in Plauen. Der Bruttogewinn des am 31. Juni 1922 beendeten Geschäftsjahres betrug 1 024 257 M. (530 904 M.), der Reingewinn nach 1 008 481 M. (507 787 M.) Abschreibungen 1 508 481 M. (454 281 M.). Daraus sollen wieder 50 % Dividende verteilt werden, außerdem für dieses Geschäftsjahr 200 M. Sondervergütung. Nach dem Vorstandsbericht konnten die Umsätze wieder wesentlich erhöht werden.

* **G. T. Ragin's Aktiengesellschaft, Lim a. d. Donau.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, eine Erhöhung des Aktienkapitals von 37 Millionen Mark auf 54 Millionen Mark den Aktionären vorzuschlagen; er beruft zu diesem Zwecke auf den 12. September 1922 eine außerordentliche Hauptversammlung ein. Die jungen Aktien sollen zu einem noch festzusetzenden Kurse durch Vermittlung des Bankensyndikats den Aktionären angeboten werden. Die neuen Aktien dienen zur Deckung des Geldbedarfes, wie er durch die außerordentliche Preissteigerung und Vorkaufnahme bedingt ist. Der Beschäftigungsgrad der Firma ist ein guter.

* **Neue Vereinbarungen in der Wolleweberei und Konfektion.** Die Konventionsgemeinschaft der Wolleweberei-Verbände hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, nach eingehenden Verhandlungen mit den Knecht-Verbänden hat die bisher auf 20 % begrenzten einen unangenehm Preisvorbehalt eingeführt. Hinsichtlich des Verkaufs in ausländischer Währung haben die Knecht-Verbände die bisher erlassenen Verbote hiergegen aufgehoben. Die Konventionsgemeinschaft hat sich dafür verpflichtet, ihren Mitgliedern den Verkauf in Auslandswährung und die Einführung von Vorauszahlungen nicht obligatorisch vorzuschreiben. Kein Kauf in einer Auslandswährung dürfen Preisvorbehalte nicht gemacht werden. Für laufende Aufträge dürfen die Fabrikanten (mit Ausnahme der Tuchkonfektion und des Verbandes Deutscher Futterstoffwebereien) nachträgliche Preiszuschläge von 35 bis 65 % je nach der Preislage erheben. Infolge dieser Vereinbarungen hat der Reichsbund des Textilgewerkschafts mit den Verbänden der Konfektion und des Kleiderstoff-Großhandels ein Zusatzabkommen geschlossen, demzufolge die Einzelhändler den Lieferanten die durch die nachträgliche Erhöhung der Stoffpreise entstehenden effektiven Mehraufgaben unter Ausschluss jeden Gewinns vergüten.

* **Der Verband deutscher Teppich- und Kissenweberei, G. B., der über das ganze Reich verstreut ist und seinen Sitz in Leipzig hat, wird am 2. September d. J. in München a. und zwar im Hotel „Bayerischer Hof“, Promenadeplatz, seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung abhalten. Aus der reichhaltigen Tagesordnung seien eine Aussprache über die Verkaufsaufstellungen- und Zahlungsbedingungen der für die Verbandmitglieder in Frage kommenden Fabrikantenverbände sowie ein Bericht über den gegenwärtigen Stand der Frage der Preisbildung gegenüber der Preissteigerung hervorgehoben. Der Vorstand des Verbandes wird am Tage vorher zu einer Sitzung zusammenkommen. Im Anschluss an die Verhandlungen sind ein Besuch des Volkshausbanwesens, sowie ein gemeinschaftlicher Ausflug in die weitere Umgebung Münchens geplant. Die in München veranstaltete große Deutsche Gewerkschaft dürfte besonderen Anlauf zur Teilnahme an der Tagung bieten.**

Die neuesten Käsepreise. Das Käsehandelsblatt (Vertriebsgesellschaft Deutscher Käsehandelsfabrikanten G. m. b. H. in München) hat mit Wirkung vom 31. August die Preise für Käsearten erneut beträchtlich erhöht. Es kosten u. a. jetzt 1000 Meter vierfach Obergar 151 M. die Rolle (gegenüber 124 M. am 7. August und 42 M. am 8. Juni 1922), 200 Meter vierfach Obergar 31,50 M. (28 bzw. 24 M.), 1000 Meter zweifach Untergar 112,50 M. (92,50 bzw. 80,50 M.), 1000 Meter dreifach Untergar 129,50 M. (118 bzw. 102,50 M.), 1000 Meter zweifach Untergar Sekunda (Konfektionsgar), Kreuzmehl 90 M. (74 bzw. 24,75 M.), Reigarn in Kreuzmehl zu 20 Gr. Nr. 24 nach 1105 M. das Stilo (775 bzw. 600 M.). Die Preissteigerung gegenüber der Preisliste vom 7. August ist demnach um 22 %, gegenüber der vom 6. Juni 1922 um 280 % erfolgt. Der Rohwarenpreis hat sich demgegenüber in dieser Zeit um 87 %, gegenüber dem 7. August um 880 % gegenüber dem 6. Juni gesteigert, nämlich um 148,40 M. am 6. Juni auf 301,60 M. am 7. August und 611 M. am 21. August. Die Preissteigerung für Käsegarne ist also diesmal unter der des Rohstoffes zurückgeblieben.

* **Erleichte Ueberdrucksteuer.** Beim Verkauf von Zigaretten in Rosten, die mit überdruckten Zigaretten versehen sind, wird den Händlern vielfach der Vorwurf gemacht, daß sie die Steuergehälter der zu billigen Preisen eingekauften Waren selbst überdrückt hätten, um einen nicht gerechtfertigten Gewinn zu erzielen. Das Reichsfinanzministerium weist demgegenüber darauf hin, daß der Ueberdruck für Steuerzwecke aller Art von Tabakerzeugnissen durch die Reichsdruckerei oder unter amtlicher Ueberwachung geschieht und daß weiterhin die dem Ueberdruck entsprechende höhere Steuer erhoben wird. Der Ueberdruck ist angeordnet worden, um die aus der Zeit der Einführung des Tabakerzeugnisses noch vorhandenen Vorräte an Tabakerzeugnissen für niedrige Preislagen, die infolge der allgemeinen Preissteigerung der Tabakwaren nicht mehr benötigt werden, für höhere Preislagen verwertbar zu machen.

Ueber die Lage der deutschen Schuhindustrie berichtet der Verband der deutschen Schuh- und Schiffschulffabrikanten: Im Juli war die Nachfrage nach Schuhen aller Art sehr zögerig. Infolge der weiteren sprunghaften Steigerung der Preise für rohe Haut und Felle, sowie Leder und des starken Anstieges der Preise für Textilien und andere Zutaten, sowie zweimaliger beträchtlicher Rohenerhöhungen mußten auch die Preise für Schuheverarbeiten heraufgesetzt werden. Insbesondere aus Kreisen der Schuhindustrie wird jedoch darüber Klage geführt, daß es vielfach nicht möglich gewesen sei, die bisherigen Preise zu erzielen, die auf Grund der Preise für Haut und Stoffe hätten erzielt werden müssen. Bei der Geldknappheit wird es immer schwerer, die notwendigen Geldmittel aufzubringen, so daß manche Betriebe bereits die Einführung der Kurzarbeit ins Auge gefaßt haben.

Der Deutsche Drogisten-Verband, Reichsverband des gesamten Deutschen Drogistenhandels, hielt am 22. und 23. d. M. seine 28. Hauptversammlung in Hamburg ab. Der Tagung gingen mehrwöchige Beratungen der verschiedenen Ausschüsse voraus, u. a. eine Fachlehrerkonferenz, an der der Vertreter von etwa 70 Drogistenfachschulen, sowie der Drogistenakademie in Braunschweig teilnahmen. Der erste Tag der Hauptversammlung handelte in vier großen Vorträgen das gesamte Gebiet der Fach- und Einzelhandelsfragen. In der anschließenden Diskussion wurden drei Ausschichtungen angenommen. In der ersten kommt zum Ausdruck, daß die Bestimmungen des notariatsrechtlichen Strafrechts künftig so zu gestalten seien, daß der Verkaufspreis auf der Grundlage des Wiederbeschaffungspreises kalkuliert werden dürfe. Die übrigen Ausschichtungen schlagen vor, daß die Preisierungsbedingungen nicht einseitig von den Fabrikanten diktiert werden sollen, daß weiterhin diesen Preisierungsbedingungen eine Schlichtungsklausel einzufließen sei, die beide Vertragsparteien zwingt, sich einem unparteiischen Schlichtergericht in Rechtschwierigkeiten aus-

den Verträgen zu unterwerfen. Zum Schluß wurde Herr Dr. Weitzel (Königsberg) wieder zum 1. Vorsitzenden des Verbandes gewählt.

* **Dampferverkehr nach Südamerika.** Wie aus unser G. G. Korrespondenz mitteilt, haben die Hugo-Stinnes-Linien Hamburg von der ehemals deutschen Doppeldeckerdampfer „Hahn Schiff“ von der Ostsee zurückgekauft. Dieser Dampfer, der einen Rauminhalt von etwa 10 000 Kubikmeter hat, ist zum Teil umgebaut und neu eingerichtet. Der jetzt den Namen „General Belgiano“ führende Dampfer wird in den Südamerikaverkehr eingestellt. In den nächsten Tagen wird er in den Häfen von Rio de Janeiro, Santos, Montevideo und Buenos Aires anlaufen.

* **Der amerikanische Eisenmarkt.** Das amerikanische Geschäft „The Iron Trade Review“, Cleveland, Ohio, schreibt über die Lage des amerikanischen Eisen- und Stahlmarktes: Die Eisen- und Stahlproduktion wird durch die Arbeiterstreiks noch stark behindert, wenn auch die Rohenerzeugung sich verbessert hat. Die Rohenerzeugung dürfte nur 1 1/2 Millionen Tonnen wöchentlich betragen. Der Stahlmarkt erholt sich am 1. September ab die Arbeiterstreiks um 20 %. Die Schwierigkeiten in der Rohenerzeugung dürften in der Folge eine Erleichterung erfahren. Die Rohenerzeugung ist jedoch weiter an; Valley-Grünerleien liegt auf 28 Dollar. Das gleiche gilt für Höhren, Biede, Draht, Profilen, Kanäle. Die Stahlwerke litten im vergangenen Geschäftsjahre große Aufträge, jedoch ist die Lieferung unbestimmt. Hierbei spielen besonders die Aufträge auf Lokomotiv- und Waggonsmaterial eine große Rolle. Der Ferrumanganpreis ist 67,50 Dollar. Der Markt in Schiff- und Metallwaren ist fortgesetzt fest. In Schienen wurden Aufträge zur Lieferung im nächsten Jahre erteilt. Für rechtzeitige Lieferung werden allgemein Preiszuschläge bewilligt. Große Aufträge mußten zurückgegeben werden. Europäisches Material ist stark gefragt. Die Preissteigerungen sind um Monate im Rückstand; der Drahtmarkt ist sehr fest.

* **Die nächste Versammlung in Leipzig** findet am 8. September d. J. im Velociale der Handelskammer, Neue Börse, Teichstr. 2, Aufgang B vom Vorkongress aus, statt. Der Beginn der Börse ist auf 10 Uhr, die Börsenzeit somit auf 10 bis 1 Uhr festgesetzt worden.

Dresdner Kurse vom 25. August.

(Für das Vorabend-Biot zu spät eingegangen.)

(Ohne Gewähr.)

Staats- und Stadtanleihen, Pfand- und Hypothekendarlehen.		Börsen- und Aktienkurse.	
Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
3% Reichsanl. 1913	100,00	1% Reichsanl. 1913	100,00
4% Reichsanl. 1913	100,00	2% Reichsanl. 1913	100,00
5% Reichsanl. 1913	100,00	3% Reichsanl. 1913	100,00
6% Reichsanl. 1913	100,00	4% Reichsanl. 1913	100,00
7% Reichsanl. 1913	100,00	5% Reichsanl. 1913	100,00
8% Reichsanl. 1913	100,00	6% Reichsanl. 1913	100,00
9% Reichsanl. 1913	100,00	7% Reichsanl. 1913	100,00
10% Reichsanl. 1913	100,00	8% Reichsanl. 1913	100,00
11% Reichsanl. 1913	100,00	9% Reichsanl. 1913	100,00
12% Reichsanl. 1913	100,00	10% Reichsanl. 1913	100,00
13% Reichsanl. 1913	100,00	11% Reichsanl. 1913	100,00
14% Reichsanl. 1913	100,00	12% Reichsanl. 1913	100,00
15% Reichsanl. 1913	100,00	13% Reichsanl. 1913	100,00
16% Reichsanl. 1913	100,00	14% Reichsanl. 1913	100,00
17% Reichsanl. 1913	100,00	15% Reichsanl. 1913	100,00
18% Reichsanl. 1913	100,00	16% Reichsanl. 1913	100,00
19% Reichsanl. 1913	100,00	17% Reichsanl. 1913	100,00
20% Reichsanl. 1913	100,00	18% Reichsanl. 1913	100,00
21% Reichsanl. 1913	100,00	19% Reichsanl. 1913	100,00
22% Reichsanl. 1913	100,00	20% Reichsanl. 1913	100,00
23% Reichsanl. 1913	100,00	21% Reichsanl. 1913	100,00
24% Reichsanl. 1913	100,00	22% Reichsanl. 1913	100,00
25% Reichsanl. 1913	100,00	23% Reichsanl. 1913	100,00
26% Reichsanl. 1913	100,00	24% Reichsanl. 1913	100,00
27% Reichsanl. 1913	100,00	25% Reichsanl. 1913	100,00
28% Reichsanl. 1913	100,00	26% Reichsanl. 1913	100,00
29% Reichsanl. 1913	100,00	27% Reichsanl. 1913	100,00
30% Reichsanl. 1913	100,00	28% Reichsanl. 1913	100,00
31% Reichsanl. 1913	100,00	29% Reichsanl. 1913	100,00
32% Reichsanl. 1913	100,00	30% Reichsanl. 1913	100,00
33% Reichsanl. 1913	100,00	31% Reichsanl. 1913	100,00
34% Reichsanl. 1913	100,00	32% Reichsanl. 1913	100,00
35% Reichsanl. 1913	100,00	33% Reichsanl. 1913	100,00
36% Reichsanl. 1913	100,00	34% Reichsanl. 1913	100,00
37% Reichsanl. 1913	100,00	35% Reichsanl. 1913	100,00
38% Reichsanl. 1913	100,00	36% Reichsanl. 1913	100,00
39% Reichsanl. 1913	100,00	37% Reichsanl. 1913	100,00
40% Reichsanl. 1913	100,00	38% Reichsanl. 1913	100,00
41% Reichsanl. 1913	100,00	39% Reichsanl. 1913	100,00
42% Reichsanl. 1913	100,00	40% Reichsanl. 1913	100,00
43% Reichsanl. 1913	100,00	41% Reichsanl. 1913	100,00
44% Reichsanl. 1913	100,00	42% Reichsanl. 1913	100,00
45% Reichsanl. 1913	100,00	43% Reichsanl. 1913	100,00
46% Reichsanl. 1913	100,00	44% Reichsanl. 1913	100,00
47% Reichsanl. 1913	100,00	45% Reichsanl. 1913	100,00
48% Reichsanl. 1913	100,00	46% Reichsanl. 1913	100,00
49% Reichsanl. 1913	100,00	47% Reichsanl. 1913	100,00
50% Reichsanl. 1913	100,00	48% Reichsanl. 1913	100,00
51% Reichsanl. 1913	100,00	49% Reichsanl. 1913	100,00
52% Reichsanl. 1913	100,00	50% Reichsanl. 1913	100,00
53% Reichsanl. 1913	100,00	51% Reichsanl. 1913	100,00
54% Reichsanl. 1913	100,00	52% Reichsanl. 1913	100,00
55% Reichsanl. 1913	100,00	53% Reichsanl. 1913	100,00
56% Reichsanl. 1913	100,00	54% Reichsanl. 1913	100,00
57% Reichsanl. 1913	100,00	55% Reichsanl. 1913	100,00
58% Reichsanl. 1913	100,00	56% Reichsanl. 1913	100,00
59% Reichsanl. 1913	100,00	57% Reichsanl. 1913	100,00
60% Reichsanl. 1913	100,00	58% Reichsanl. 1913	100,00
61% Reichsanl. 1913	100,00	59% Reichsanl. 1913	100,00
62% Reichsanl. 1913	100,00	60% Reichsanl. 1913	100,00
63% Reichsanl. 1913	100,00	61% Reichsanl. 1913	100,00
64% Reichsanl. 1913	100,00	62% Reichsanl. 1913	100,00
65% Reichsanl. 1913	100,00	63% Reichsanl. 1913	100,00
66% Reichsanl. 1913	100,00	64% Reichsanl. 1913	100,00
67% Reichsanl. 1913	100,00	65% Reichsanl. 1913	100,00
68% Reichsanl. 1913	100,00	66% Reichsanl. 1913	100,00
69% Reichsanl. 1913	100,00	67% Reichsanl. 1913	100,00
70% Reichsanl. 1913	100,00	68% Reichsanl. 1913	100,00
71% Reichsanl. 1913	100,00	69% Reichsanl. 1913	100,00
72% Reichsanl. 1913	100,00	70% Reichsanl. 1913	100,00
73% Reichsanl. 1913	100,00	71% Reichsanl. 1913	100,00
74% Reichsanl. 1913	100,00	72% Reichsanl. 1913	100,00
75% Reichsanl. 1913	100,00	73% Reichsanl. 1913	100,00
76% Reichsanl. 1913	100,00	74% Reichsanl. 1913	100,00
77% Reichsanl. 1913	100,00	75% Reichsanl. 1913	100,00
78% Reichsanl. 1913	100,00	76% Reichsanl. 1913	100,00
79% Reichsanl. 1913	100,00	77% Reichsanl. 1913	100,00
80% Reichsanl. 1913	100,00	78% Reichsanl. 1913	100,00
81% Reichsanl. 1913	100,00	79% Reichsanl. 1913	100,00
82% Reichsanl. 1913	100,00	80% Reichsanl. 1913	100,00
83% Reichsanl. 1913	100,00	81% Reichsanl. 1913	100,00
84% Reichsanl. 1913	100,00	82% Reichsanl. 1913	100,00
85% Reichsanl. 1913	100,00	83% Reichsanl. 1913	100,00
86% Reichsanl. 1913	100,00	84% Reichsanl. 1913	100,00
87% Reichsanl. 1913	100,00	85% Reichsanl. 1913	100,00
88% Reichsanl. 1913	100,00	86% Reichsanl. 1913	100,00
89% Reichsanl. 1913	100,00	87% Reichsanl. 1913	100,00
90% Reichsanl. 1913	100,00	88% Reichsanl. 1913	100,00
91% Reichsanl. 1913	100,00	89% Reichsanl. 1913	100,00
92% Reichsanl. 1913	100,00	90% Reichsanl. 1913	100,00
93% Reichsanl. 1913	100,00	91% Reichsanl. 1913	100,00
94% Reichsanl. 1913	100,00	92% Reichsanl. 1913	100,00
95% Reichsanl. 1913	100,00		

